

Beschlussvorlage: XVII/292

Sitzung am 12.05.2014

Tagesordnungspunkt: 07.7

Eingebracht von: Die Linke.OL

Betreff:

Fraktion Die Linke.OL
Kosten der Unterkunft im Rahmen von SGB II und XII

Sozialausschuss
Kreistag

06.05.2014
12.05.2014

öffentlich vorberatend
öffentlich beschließend

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, neue Richtwerte für die angemessenen Kosten der Unterkunft im Kreis Groß-Gerau zu erlassen und damit auf die gestiegenen Miet- und Nebenkosten zu reagieren. Es werden zukünftig lediglich Mietobergrenzen für die Kaltmiete festgelegt, alle Nebenkosten werden in der tatsächlichen Höhe berücksichtigt.

Begründung:

Die letzte Anpassung der Richtwerte zu den Kosten der Unterkunft (KdU) fand im April 2012 statt und bezog sich auf die Mietentwicklung im Jahr 2011. Seitdem sind Mieten und insbesondere Nebenkosten gestiegen. Eine aktuelle Erhebung von Immonet stellt eine Kaltmiete bei aktuellen Angeboten für den Kreis Groß-Gerau von durchschnittlich 8,30 Euro fest. Dieser durchschnittliche Mietpreis bei Ein-Personen-Haushalten und 45 qm Wohnungen zu Grunde gelegt, bedeutet, dass die Nebenkosten in einigen Kommunen nur wenige Euro betragen dürften.

Noch kritischer wird es bei 2-Personen-Haushalten, hier übersteigt der durchschnittliche Mietpreis bei Wohnungen mit 60 qm bereits die Mietobergrenze, ohne dass die Nebenkosten berücksichtigt sind. Genauso verhält es sich bei größeren Wohnungen für mehr Personen. Neben den Mietpreisen steigen aktuell die „kalten“ Mietnebenkosten enorm. Hierzu gehören Versicherungen, Müllentsorgung, Allgemeinstrom, Steuern, etc. Aufgrund der kommunalen Finanzmisere erhöhen viele Kommunen diese Positionen, teilweise kommt es zu Verdoppelungen. Die Einbeziehung dieser Nebenkosten in die KdU-Richtwerte führt dazu, dass Menschen im Grundsicherungsbezug keine Wohnung mehr finden. Selbst Wohnungen von sozialen und öffentlichen Wohnungsunternehmen kommen oft nicht mehr in Frage.

Auf dem Wohnungsmarkt entwickelt sich für Menschen mit niedrigen Einkommen somit eine mehrfache Misere. Da es immer weniger öffentlich geförderte Sozialwohnungen gibt, steigen die Mieten. Aufgrund der Finanzmisere der Kommunen steigen die kalten Nebenkosten. Gleichzeitig steigen Heiz- und Stromkosten, letztere u.a. aufgrund der vielen Untermieterrabatte bei der EEG-Umlage. Zusätzlich sinken die Einkommen aus Arbeit. Diese Schere ist für viele Familien nicht mehr zu verkraften.

Zumindest für die Empfänger/innen von SGB II und SGB XII Leistungen muss das Problem entschärft werden, da diese ansonsten keine Chancen mehr haben werden Problem entschärft werden, da diese ansonsten keine Chancen mehr haben werden angemessenen Wohnraum zu finden.

Groß-Gerau, 15.04.2014